

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 179. Ratssitzung vom 26. Juni 2013**

### **Gemeinsame Behandlung der beiden Geschäfte GR Nrn. 2012/467 und 2012/468.**

#### **4078. 2012/467**

##### **Weisung vom 12.12.2012:**

##### **Pflegezentren, Aufnahme in den Anhang der Verordnung über die Haushaltsführung mit Globalbudgets vom 24. März 2010 und Anwendung des Produktgruppen-Globalbudgets ab Budget 2014**

Antrag des Stadtrats

1. Der Anhang der Verordnung über die Haushaltsführung mit Globalbudgets vom 24. März 2010 wird wie folgt ergänzt:
  - Pflegezentren
2. Diese Änderung wird auf 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt. Der Stadtrat wird ermächtigt, für die Dienstabteilung Pflegezentren für das Budgetjahr 2014 ein Produktgruppen-Globalbudget vorzulegen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Weisungen GR Nrn. 2012/467 und 2012/468 (Beschluss-Nrn. 4078 und 4079).

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

**Maleica Landolt (GLP):** *Die Mehrheit der SK GUD unterstützt die Anträge des Stadtrats. Es macht Sinn, die beiden Dienstabteilungen Pflegezentren und Altersheime in den Anhang der Verordnung über die Haushaltsführung der Globalbudgets aufzunehmen, so dass sie im Budgetjahr 2014 ein Produktgruppenglobalbudget vorlegen können. Die beiden Abteilungen sind ähnlich und weisen sehr viele Schnittstellen im Pflegebereich auf. Die Globalbudgets ermöglichen raschere Reaktionen in der Haushaltsführung, was in einem vielfältigen, aber auch stark regulierten Umfeld Sinn macht – gerade im Zusammenhang mit der neuen Pflegegesetzgebung und den Umwälzungen in der ganzen Pflegelandschaft. Ich möchte mich bei der RPK und der GUD-Referentin für den Mitbericht der RPK bedanken.*

Kommissionsminderheit:

**Andreas Kirstein (AL):** Die Minderheit lehnt die Einführung aus grundsätzlichen budgetrechtlichen Überlegungen ab. Wir finden zudem, dass diese zwei zur Frage stehenden Dienstabteilungen für Globalbudgets ganz besonders ungeeignet sind. Der Gemeinderat hat bereits bei der Einführung eines neuen Globalbudgets inhaltlich gar keinen Einfluss mehr. Zwar lassen sich danach die Steuerungsgrössen und der Produktemix wieder verändern, aber einmal festgelegt, beschränkt sich die Einflussmöglichkeit des Parlaments de facto auf lineare Kürzungen oder Erhöhungen. Diesem schlechten kantonalen Vorbild in der Budgetdebatte sollte man nicht folgen. Bei beiden Dienstabteilungen handelt es sich aus unserer Sicht primär um hoheitliche Aufgaben. Diese sind zu wenig rechtlich begründet. Es braucht zuerst eine Verordnung für die beiden Dienstabteilungen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

**STR Claudia Nielsen:** Es gibt selbstverständlich eine rechtliche Grundlage, ob mit oder ohne Globalbudget, denn es gibt eine Gemeindeordnung und darauf werden die Altersheim- und Pflegezentren betrieben. Was in der Diskussion untergeht, sind die grossen Veränderungen im Pflegewesen in den letzten Jahren. Heute kann man frei wählen, in welches Heim man in welchem Quartier gehen möchte – immer vorausgesetzt, es gibt dort eine Einrichtung. Die Veränderungen braucht es, damit rascher gehandelt werden und die Verantwortung möglichst auf die einzelnen Häuser verteilt werden kann. Die Steuerung durch den Gemeinderat ist wichtig. Doch die Leistungen, welche tatsächlich für Bewohnerinnen und Bewohner erbracht werden, sieht man in einem Globalbudget viel besser, als in einem REMO-Budget.

Weitere Wortmeldungen:

**Marianne Dubs Früh (SP):** Ohne Private gibt es kein genügendes Angebot an Spitex- und Langzeitpflegeplätzen. Das bedeutet auch, dass es einen Markt gibt und die beiden Abteilungen müssen sich auf diesem behaupten. Es stellt sich die Frage, ob das Globalbudget den beiden Abteilungen eine grössere Marktfreiheit gibt oder nicht. Sie bewegen sich in einem engen Rahmen aus Verordnungen und städtischen Gesetzen. Wir hoffen, dass die Verwaltung die Steuerungsgrösse Auslastung durch die Grösse der Anzahl Betten in beiden Budgets ersetzt.

**Tamara Lauber (FDP):** Die SP setzt sich jetzt also für mehr Marktfreiheit ein. Dafür ist die SVP nun gegen unternehmerische Freiheit und lehnt die Globalbudgets ab. Wir stimmen der Möglichkeit zu, dass die Verwaltung mehr Verantwortung bekommt, wenn es um operative Tätigkeiten geht. Die Arbeit der Spezialkommission wird sich dadurch verändern. Mit den REMO-Budgets hat der Gemeinderat nicht mehr Einfluss. Die Verwaltung muss nun die ihr übertragene Verantwortung wahrnehmen und

unternehmerisch denken.

**Marina Garzotto (SVP):** Die Aufgaben der Pflegezentren und Altersheime sind an Finanzmittel gebunden und an viele offizielle Vorschriften. Eine Steuerung mit dem Globalbudget durch den Gemeinderat ist fast unmöglich. Künftig wird bei jedem Kürzungsantrag in der Budgetdebatte gesagt, dass dies die zu erfüllenden kantonalen Vorgaben sind. Die Transparenz, um ein Budget beurteilen zu können, ist damit nicht gegeben. Die geplanten Kennzahlen sind nicht aussagekräftig genug und anzahlmässig wenig aufschlussreich.

**Karin Rykart Sutter (Grüne):** Pflegezentren im Speziellen sind weniger geeignet, um in die Globalbudgets aufgenommen zu werden. Sie haben sehr viele Auflagen im Pflegegesetz, z. B. die Patientenaufnahmepflicht von 48 Stunden. Die RPK ist in ihrem Mitbericht deshalb zum Schluss gekommen, die Aufnahme der Pflegezentren abzulehnen und diejenige der Altersheime gutzuheissen. Letztere haben noch grösseren Spielraum und vielfältigere Möglichkeiten, um auf die Steuerungsgrössen Einfluss zu nehmen. Wir Grünen haben uns in der SK GUD bei beiden Weisungen enthalten, weil unsere Fraktion in dieser Frage gespalten ist.

**Roger Liebi (SVP):** Der Sinn der Globalbudgets ist, dort Pauschalbeträge zu bewilligen, wo nicht mehrheitlich von anderen nicht beeinflussbaren Grössen gesteuert wird. Wenn ich sehe, wie in den Kommissionen die Globalbudgets und die Rechnungen innerhalb von kürzester Zeit beraten werden, kann ich mir schwer vorstellen, wie man detailliert über Steuerungsvorgaben diskutieren will. Es ist wahnsinnig schwierig für einen Milizpolitiker Einfluss zu nehmen. Wie soll man dann z. B. über die Bettenanzahl bestimmen? Mit dem Globalbudget lässt sich keine Budgetdebatte vereinfachen. Der Stadtrat setzt sich nur dafür ein, um die Steuerung so auszugestalten wie er es möchte.

**Karin Weyermann (CVP):** Die CVP wird beiden Weisungen zustimmen. Globalbudgets machen Sinn. Sie geben Zielvorgaben und Steuerungsmöglichkeiten für den Gemeinderat und erhöhen die Flexibilität der Altersheime und Pflegezentren.

**Roger Tognella (FDP):** Der Gemeinderat muss mit der Thematik ganz anders umgehen als bisher. Die Diskussion über die Einflussmöglichkeiten sollte im Detail geführt werden. Der Prozess muss anders aufgestellt und in der Spezialkommission viel ernsthafter mit der Thematik Globalbudget umgegangen werden. Der Gemeinderat muss seine Antragsmöglichkeiten bei den einzelnen Globalbudgets wahrnehmen. Ein Budget steuern zu wollen aus der Sichtweise von Einzelkonten ist zwar nett, es wird aber nie eine strategische Steuerung sein. Der Gemeinderat wird mehr und mehr operativ tätig, was aber eigentlich Aufgabe der Verwaltung ist.

**Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP):** Die EVP unterstützt beide Weisungen, lehnt aber das Postulat der AL ab. Die Alters- und Pflegezentren wissen sicher besser als der Gemeinderat, wie man so einen komplexen Betrieb zu führen hat. Insbesondere die

4 / 7

*geforderte Tarifregelung ist aus betrieblicher Sicht kein wirksames Mittel, sowohl die Qualität wie die Quantität der Altersheim- und Pflegeheimplätze langfristig zu sichern. Ein Globalbudget hat den Sinn und Zweck, dass in einzelnen Betrieben auf die dortigen spezifischen Gegebenheiten und auf gesellschaftliche Veränderungen Rücksicht genommen wird. Zieht man all die verschiedenen Betriebe über eine Leiste, hat dies eine Überregulierung zur Folge.*

**Walter Angst (AL):** *In der Verordnung steht, dass die Steuerungsgrössen die zentralen Punkte sind. Die Realität bei den Alters- und Pflegeheimen ist aber, dass wir am Schluss nur noch über den Saldo entscheiden. Wir haben bei den beiden Dienstabteilungen keine Steuerungsgrössen. Wir können über die Bettenanzahl entscheiden. Es kommen aber so und so viele Leute aus den Spitälern oder von Zuhause in eine solche Einrichtung: Entweder gibt es diesen Platz oder es muss fremdplatziert werden. Dann haben wir die doppelten und dreifachen Kosten, als wenn wir es selber machen. Die Anzahl Aufenthaltstage, die Auslastung und die Bettenanzahl hängen als Grössen alle zusammen. Damit kann man nicht steuern oder die Steuerung sogar noch verbessern wollen. In der RPK wurde kürzlich über Personalfragen diskutiert, wie z. B. die Prämienauszahlung oder die Weiterbildung in den Pflegezentren umgesetzt wird. Wenn man das Globalbudget einführt, wird man im Gemeinderat über solche Fragen nicht mehr diskutieren können.*

**Samuel Dubno (GLP):** *Die vorliegenden Weisungen erfüllen die Versprechen, die wir mit der Globalbudgetverordnung abgegeben haben, in Sachen Steuerungsgrössen noch nicht. Wenn die Steuerungsgrösse der Ertrag einer solchen Gruppe ist, während der Ertrag selbst bereits schon ein Teil des Saldos ist, geht dies nicht auf. Das ist auch keine Werbung für die Einführung von mehr Globalbudgets. In den Spezialkommissionen braucht es bei der Behandlung von Globalbudgets einen viel grösseren Effort als bisher.*

**STR Claudia Nielsen:** *Unabhängig davon, ob sie sich heute für die Globalbudgets entscheiden oder nicht, werden gleich viele Leute in ein Pflegezentrum oder in ein Altersheim gehen. Es gibt tatsächlich Argumente dafür, dass man bei Altersheimen besser steuern kann. Aber wie viele Betten wo angeboten werden und auf welche Art, wird genau gleich gesteuert oder analog zu anderen Globalbudgetbetrieben. Die Stadtspitäler Triemli und Waid können auch nicht absehen, wie viele Leute notfallmässig betreut werden müssen. Trotzdem erbringen sie die Leistung. Auch alle privaten oder gemeinnützigen Heime müssen sich an kantonale Vorschriften halten.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

5 / 7

Mehrheit: Präsidentin Maleica Landolt (GLP), Referentin; Petek Altinay (SP), Marianne Dubs Früh (SP), Nicolas Esseiva (SP), Adrian Gautschi (GLP), Andrea Hochreutener (SP), Tamara Lauber (FDP), Joe A. Manser (SP)  
Minderheit: Andreas Kirstein (AL), Referent; Marina Garzotto (SVP), Rolf Müller (SVP)  
Enthaltung: Vizepräsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne), Jürg Ammann (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 46 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Präsidentin Maleica Landolt (GLP), Referentin; Petek Altinay (SP), Marianne Dubs Früh (SP), Nicolas Esseiva (SP), Adrian Gautschi (GLP), Andrea Hochreutener (SP), Tamara Lauber (FDP), Joe A. Manser (SP)  
Minderheit: Andreas Kirstein (AL), Referent; Marina Garzotto (SVP), Rolf Müller (SVP)  
Enthaltung: Vizepräsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne), Jürg Ammann (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 44 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Anhang der Verordnung über die Haushaltsführung mit Globalbudgets vom 24. März 2010 wird wie folgt ergänzt:
  - Pflegezentren
2. Diese Änderung wird auf 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt. Der Stadtrat wird ermächtigt, für die Dienstabteilung Pflegezentren für das Budgetjahr 2014 ein Produktgruppen-Globalbudget vorzulegen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 3. Juli 2013 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung.

6 / 7

**4079. 2012/468**

**Weisung vom 12.12.2012:**

**Altersheime, Aufnahme in den Anhang der Verordnung über die Haushaltführung mit Globalbudgets vom 24. März 2010 und Anwendung des Produktgruppen-Globalbudgets ab Budget 2014**

Antrag des Stadtrats

1. Der Anhang der Verordnung über die Haushaltführung mit Globalbudgets vom 24. März 2010 wird wie folgt ergänzt:
  - Altersheime
2. Diese Änderung wird auf 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt. Der Stadtrat wird ermächtigt, für die Dienstabteilung Altersheime für das Budgetjahr 2014 ein Produktgruppen-Globalbudget vorzulegen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2012/467, Beschluss-Nr. 4078/2013.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Präsidentin Maleica Landolt (GLP)

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Präsidentin Maleica Landolt (GLP), Referentin; Petek Altinay (SP), Marianne Dubs Früh (SP), Nicolas Esseiva (SP), Adrian Gautschi (GLP), Andrea Hochreutener (SP), Tamara Lauber (FDP), Joe A. Manser (SP)
Minderheit:	Andreas Kirstein (AL), Referent; Marina Garzotto (SVP), Rolf Müller (SVP)
Enthaltung:	Vizepräsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne), Jürg Ammann (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 43 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

7 / 7

Mehrheit: Präsidentin Maleica Landolt (GLP), Referentin; Petek Altinay (SP), Marianne Dubs Früh (SP), Nicolas Esseiva (SP), Adrian Gautschi (GLP), Andrea Hochreutener (SP), Tamara Lauber (FDP), Joe A. Manser (SP)  
Minderheit: Andreas Kirstein (AL), Referent; Marina Garzotto (SVP), Rolf Müller (SVP)  
Enthaltung: Vizepräsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne), Jürg Ammann (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 43 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Anhang der Verordnung über die Haushaltsführung mit Globalbudgets vom 24. März 2010 wird wie folgt ergänzt:
  - Altersheime
2. Diese Änderung wird auf 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt. Der Stadtrat wird ermächtigt, für die Dienstabteilung Altersheime für das Budgetjahr 2014 ein Produktgruppen-Globalbudget vorzulegen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 3. Juli 2013 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat